

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbildern und in allen Abteilungen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, drei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 600. Dresdner Verlagsgesellschaft / Scheitelinung: Dresden-L. Osterbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Überstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Anzeigenzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklameweile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitseite 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Osterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 6. November 1928

Nummer 260

Kommunistischer Vorstoß im Sächs. Landtag für die kämpfenden Ruhrarbeiter

In der heutigen Sitzung des Sächsischen Landtages hat die kommunistische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

Die Unternehmerverbände haben mit den Mitteln des schärfsten Terrors im Ruhrgebiet eine Massenaußersperrung organisiert. Die Arbeiterschaft soll durch eine Hungerkur vollständig niedergezwungen werden. Zu diesem Zweck wird die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung an die Ausgesperrten verweigert. Nach den Meldungen vom 5. November hat der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Entscheidung gefällt, nach der die von der Massenaußersperrung in der nordwestdeutschen Eisenindustrie betroffenen Arbeiter keine Erwerbslosenunterstützung erhalten dürfen.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat bereits bei der Aussperrung in den mitteldeutschen Stahlwerken in Riesa und Gröbzig zu Beginn dieses Jahres vom Landesparlament Sachsen die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung an die Ausgesperrten gefordert. Die neue Welle scharfer Wirtschaftskämpfe fordert gebieterisch den Kampf gegen das Gleich über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Die sächsischen Textilbarone rücken ebenfalls zu einem neuen Schlag gegen das Textilproletariat. Auch in diesen bevorstehenden sächsischen Textilarbeiterkämpfen muß sich die Arbeiterschaft durch die Auszahlung der ihr rechtmäßig zustehenden Erwerbslosenunterstützung vor Aushungierung schützen.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen:

1. bei der Reichsregierung und dem Reichsrat zu verlangen, daß der § 94 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 gestrichen wird;
2. bei der Reichsregierung dahingehend vorstellig zu werden, daß die Erwerbslosenunterstützung an die Ausgesperrten in der nordwestdeutschen Eisenindustrie sofort mit rückwirkender Kraft zur Auszahlung gelangt.

Wächter und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

Dieses Vorgehen der sächsischen Landtagsfraktion der KPD liegt im Sinne der Forderungen, die im Interesse der Gesamtarbeiterschaft in diesem Augenblick erhoben werden müssen. Im Preussischen Landtag hat die SPD einen ähnlichen Antrag unserer Fraktion verschleppt. Sie wird in Sachsen das gleiche versuchen. Nur ein Massenbrand aus den Betrieben kann auch hier zum Erfolg führen. Insbesondere die Metallbetriebe Ostfachsens müssen sofort auf den Plan treten und in Betriebsratsversammlungen ihre Sympathie und Solidarität mit dem Ruhrproletariat und ihre Unterstützung des Antrags unserer Fraktion im außerparlamentarischen Kampf zum Ausdruck bringen.

Koalitionsregierung schwingt die Hungerpeitsche

III. Berlin. Unschöner einer Entscheidung im Spruchverfahren hat der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die ausgesperrten Hüttenarbeiter abgelehnt.

Im gleichen Augenblick, wo die SPD-Fraktion im Preussischen Landtag die kommunistischen Anträge zur Unterstützung der kämpfenden Ruhrarbeiter verschleppt hat und wo sie selbst ihren bemängelten Massenbetrug mit der Illusion, als ob das Reich gegen die Unternehmer vorgehen würde, vollführt, schwingt die Koalitionsregierung Hermann Müllers die Hungerpeitsche über dem kämpfenden Ruhrproletariat. Die ungezählten Hunderttausende der Ruhrarbeiter, ihre Frauen und ihre Kinder werden dem tiefsten Elend preisgegeben. Und weshalb? Weil die Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller die Politik der Treuhänderei gegen das Proletariat durchführt, weil sie in der vorberstehenden Kampfzeit der Unternehmer gegen das kämpfende Proletariat steht. Und von diesem Staat, von dieser Regierung fordert ein Löbe die „Enteignung“!

Kampfleitungen im Ruhrgebiet

Die Arbeiter gegen die Hege der Reformisten

Essen, 6. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die von der KPD im ganzen Industriegebiet einberufenen öffentlichen Metallarbeiterversammlungen waren durchweg glänzend besucht. In Dortmund, Düsseldorf, Bochum und Essen haben Zehntausende ausgesperrte Metallarbeiter den Lösungen der von der KPD geführten Gewerkschaftsopposition ihre Zustimmung erteilt und die Bereitschaft für den Kampf um die alten Forderungen, auch der dreigeteilten Achtstundensicht, bekundet. Trotz wilder Hege der Sozialdemokraten lassen die Arbeiter sich nicht davon abhalten, selbständige Kampfleitungen in den Betrieben zu wählen. Als in der Jüde Gutehoffnungshütte versucht wurde, die gewählte Kampfleitung abzulehnen, hat die Belegschaft das Anhalten der Reformisten einmütig zurückgewiesen.

4500 Metallarbeiter und Bergarbeiter in Bochum, tausende ausgesperrte in Dortmund haben in Resolutionen ihr volles Vertrauen für die KPD ausgesprochen. Außerdem heißt es in den Entschlüsseungen:

„Gleichzeitig weisen die Versammelten alle Angriffe der Gewerkschaftsbürokratie sowie die Behauptungen der bürgerlichen Zeitungen, die sich gegen die KPD richten, mit aller Entschiedenheit zurück. Die Versammelten verlangen weiter während der

Aussperrung finanzielle Unterstützung sowie Unterstützung in Form von Lebensmitteln und Kohlen.“

In Dortmund haben die Sozialdemokraten die kommunistischen Anträge für die Einberufung der Stadtverordnetenversammlung, wie für die Unterstützung der Aussperrten abgelehnt.

Die Klassenjustiz entscheidet am 16. November für die Unternehmer

Berlin, 6. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie aus Essen gemeldet wird, ist der Termin für die Verhandlungen über die beim Arbeitsgericht in Duisburg eingereichte Klage des Arbeitgeberverbandes der Ruhrwestgruppe auf den 16. November festgelegt worden. Das bedeutet gleichfalls eine Hilfe für die Unternehmer.

Die christlichen Bergarbeiter zur Aussperrung

Essen, 6. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fand hier eine Konferenz des christlichen Bergarbeiterverbandes statt, in der der Reichstagsabgeordnete Zibusch zur Lage im Aussperrungsgebiet sprach. Die Konferenz erklärte sich in einer Resolution solidarisch mit den ausgesperrten Metallarbeitern. Außerdem verlangt sie von der Regierung, daß die Eisenindustriellen schadenhaftpflichtig gemacht werden, da sie durch ungesetzliche Stilllegungen Arbeiterleben auch im Bergbau hernach gerufen haben.

Sozialdemokraten verschleppen die KPD-Anträge Sie appellieren an den Unternehmerstaat

Berlin, 6. November. (Eigene Drahtmeldung.)

In der heutigen Landtagsitzung beantragte die kommunistische Fraktion:

„Der Preussische Landtag wolle beschließen:

1. das Staatsministerium wird ersucht, von der Reichsregierung zu fordern, daß an die zur Entlassung gekommenen Metallarbeiter Erwerbslosenunterstützung gezahlt wird.
2. Von der Reichsregierung ferner zu fordern, daß sie keine Genehmigung für die Eisenpreiserhöhung gibt, und alle Maßnahmen zu ergreifen, eine weitere Erhöhung zu verhindern.
3. Das Staatsministerium wird ferner beauftragt, an die in Frage kommenden Gemeinden finanzielle Sondersubventionen zu leisten und die Gemeinden zu verpflichten, den entlassenen Metallarbeitern für die Zeit des Kampfes die Differenz zwischen dem zuletzt gezahlten Lohn und der Erwerbslosenunterstützung zu zahlen.“

Nach Einspruch der Sozialdemokraten und des Zentrums wurde die Besprechung der Anträge bis heute verschleppt. In der heutigen Sitzung wird die kommunistische Fraktion von der preussischen Regierung verlangen, daß sie alle Kommunen sofort anweist, den Bergarbeitern den durch Preisstößen entstandenen Lohnausfall sofort voll zu ersetzen. Die hierfür notwendigen Geldmittel sollen von der Regierung den Kommunen zur Verfügung gestellt und durch Umlage von den Bergbauunternehmern wieder eingetrieben werden.

Der heutige Vorwärts teilt mit, daß die SPD-Landtagsfraktion heute einen Antrag einbringen werde, der vom Landtag fordert:

1. Mit allem Nachdruck auf die Reichsregierung einzuwirken, daß sie dem Schiedspruch alle Achtung verschafft und den rechtswidrigen Tarifbruch durch die Unternehmer zurückweist. (1)
2. Mit der Reichsregierung gemeinsam zu prüfen, wie der durch die freiwilligen Massenentlassungen entstehenden Massennot entgegengetreten werden kann, insbesondere wie

der Gefahr, die durch das gewaltige Ansteigen der Rohstoffpreiskommen entsteht, durch rechtzeitiges Eingreifen von Staat und Reich vorgebeugt werden kann.“

Dieser Antrag der SPD ist die bewußte Schwindelaktion der Reformisten, die die Arbeiter glauben machen will, der Unternehmerstaat könne gegen die Unternehmer vorgehen, fort. Abgesehen davon, daß er sich auf den Boden des Schiedspruchs stellt, fordert er keine konkrete Hilfsmassnahme für die Arbeiterschaft, keine Unterstützung, sondern nur ein „Eingreifen des Staates“. Dieses Eingreifen hat sich bisher und wird sich weiter nur in Polizeiaktionen gegen die demonstrierenden Ruhrarbeiter auswirken. Der Antrag bedeutet eine Verhöhnung der kämpfenden Ruhrarbeiter, insbesondere nachdem mit Hilfe der Reformisten die konträren Anträge der Kommunisten verschleppt worden sind.

SPD-Polizei in Bremen befehlt Werften

Beschürzung des Werftarbeiterkampfes

Bremen, 6. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Der Werftarbeiterkampf hat dadurch eine wesentliche Verschärfung erfahren, daß die Polizei auf Anweisung des sozialdemokratischen Polizeikommandanten in Bremen dazu übergegangen ist, die Werften mit Polizeimannschaften zu besetzen. Der streikende Werftarbeiter hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt, die noch gesteigert wurde durch die propagierenden Bürgerkriegsübungen, die die Polizei vergangenen Sonnabend veranstaltete. Das Ziel der Übungen war die „Erkennung“ der von ausländischen Arbeitern besetzten Seebauwerft. In den Mittagsstunden riefen die „Regen“ Polizeimannschaften gegen Bremen an, wo sie vom Polizeikommandanten begrüßt und für ihre proklamierten Leistungen beglückwünscht wurden.

7. Nov.

Sackelzug des revolutionären Proletariats
zur 11. Jahresfeier der russischen Revolution